

Beckert, Jens

Working Paper

Verkaufte Zukunft: Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise

MPIfG Discussion Paper, No. 22/7

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Beckert, Jens (2022) : Verkaufte Zukunft: Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise, MPIfG Discussion Paper, No. 22/7, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne,
<https://hdl.handle.net/21.11116/0000-000B-678F-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/266417>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Discussion Paper 22/7

Verkaufte Zukunft

Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise

Jens Beckert



Jens Beckert
Verkaufte Zukunft: Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise

MPIfG Discussion Paper 22/7
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
October 2022

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2022 by the author(s) (updated version, November 9, 2022)

About the author

Jens Beckert is a director at the Max Planck Institute for the Study of Societies in Cologne, Germany.
Email: jens.beckert@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. Copies can be ordered from the Institute or downloaded as PDF files (free).

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Zusammenfassung

Warum reagieren Gesellschaften so zögerlich auf die Klimakrise? Die in dem Essay verfolgte These lautet: Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Prozesse moderner kapitalistischer Gesellschaften weisen Macht- und Anreizstrukturen auf, die hinreichende Reaktionen auf die Klimakrise verhindern.

Schlagwörter: Kapitalismus, Klimakrise, ökologischer Konsum, staatliche Steuerungsfähigkeit, Wirtschaftsmacht

Abstract

Why are societies so hesitant in responding to the climate crisis? The thesis pursued in this paper is that the economic, political, and social processes of modern capitalist societies exhibit power and incentive structures that prevent adequate responses to the climate crisis.

Keywords: capitalism, climate crisis, ecological consumption, economic power, state steering capacity

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Gesellschaftliche Überforderung	2
	Die kapitalistische Wirtschaft	3
	Der Staat	6
	Das Staatsvolk	11
3	Engagement und Resignation	12
	Anhang: Ansatzpunkte der Klimapolitik	16
	Literatur	19

Verkaufte Zukunft: Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise

1 Einleitung

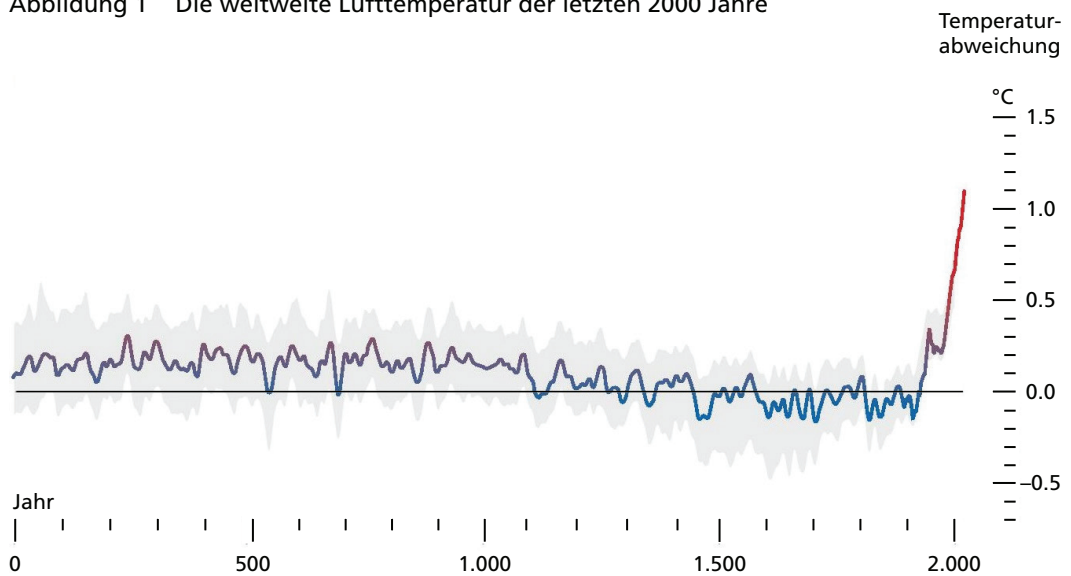
Ohne einschneidende Maßnahmen wird die menschengemachte Veränderung der Biosphäre zur Zerstörung erheblicher Teile der ökologischen Nische führen, in der menschliche Kultur stabil bestehen kann. Ob die Anpassung an die veränderten Lebensgrundlagen angesichts kumulativer Auswirkungen der Klimaerwärmung überhaupt möglich ist, bleibt ungewiss (Kemp et al. 2022, 3). Die Folgen der Klimakrise – Überschwemmungen, Dürren, Überhitzungen, großflächige Brände und die dadurch ausgelösten sozialen Verwerfungen – werden zur dramatischen Destabilisierung von Gesellschaften führen. Fragen sozialer Ungleichheit werden sich infolge der Klimakrise in weit verschärfter Form stellen. Klimaflüchtlinge, Wasserknappheit, Hungerkatastrophen und auch in den wohlhabenden Ländern immer höhere Aufwendungen für den Schutz vor Naturgewalten führen zu neuen sozialen Verteilungskämpfen und der realen Möglichkeit des sozialen Kontrollverlusts. Klimawandel ist damit die überhaupt bedeutendste gesellschaftspolitische Frage unserer Zeit.

Die zu erwartende Klimakrise und deren Verursachung durch Treibhausgase ist im Prinzip seit mindestens fünfzig Jahren bekannt, ohne dass Maßnahmen getroffen wurden, die die Welt vom Kurs auf eine erhebliche Klimaerwärmung hätten abbringen können. Im Gegenteil: Der globale CO₂-Ausstoß hat sich seit 1990 um 50 Prozent erhöht. Wir befinden uns in dem, was Klimaforscher die „great acceleration“ nennen, einen historisch einmaligen steilen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur (Abbildung 1). Der gegenwärtige Pfad, bei dem sich der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit weiter erhöht, hält die Welt auf dem Kurs einer Temperaturerhöhung zwischen 2,2 und 2,9 Grad Celsius im Jahr 2100.

Die Klimakrise ist primär keine Herausforderung naturwissenschaftlicher Forschung mehr – zumindest in dem Sinn, dass es ein hinreichendes Wissen zur Begründung weitreichender politischer Maßnahmen gibt. Nicht alle kausalen Wirkungsketten des hochkomplexen Systems Klima sind verstanden oder auch nur bekannt, zudem werden die Modelle ständig verfeinert und an neues Wissen angepasst. Unzweifelhaft ist jedoch die Richtung der Entwicklung und die damit verbundene Dramatik für die Lebensbedingungen auf der Erde. Die Klimakrise ist auch immer weniger eine technische Herausforderung. Viele Technologien zur Reduzierung der Treibstoffgase und regulative Hebel

Der Text basiert auf einem Vortrag für einen Workshop an der Universität Wuppertal zu Wolfgang Streecks Buch *Zwischen Globalismus und Demokratie* im Juli 2022. Ich bedanke mich bei Michael Bechtel, Sighard Neckel, Wolfgang Vortkamp und den Teilnehmern an einem Seminar am MPIfG für ihre sehr hilfreichen Kommentare.

Abbildung 1 Die weltweite Lufttemperatur der letzten 2000 Jahre



Quelle: nach IPCC AR6, WG I (2021).

stehen zur Verfügung. Die Klimakrise ist heute vor allem ein an die Sozialwissenschaften zu adressierendes Problem, bei dem es um die Beantwortung einer zentralen Frage geht: Warum reagieren Gesellschaften so zögerlich auf die vor Augen stehende Gefahr?

Wenig spricht dafür, dass Gesellschaften in den kommenden Jahren in der Lage sein werden, ausreichend auf die drohende Klimakatastrophe zu reagieren. Dennoch bleibt die moralische Verpflichtung, zu versuchen, einen möglichst effektiven Klimaschutz umzusetzen. Das genaue Verständnis der Gründe für die ungenügende gesellschaftliche Reaktion auf die Klimakrise ist dafür eine Voraussetzung. Möglicherweise lässt sich so klarer erkennen, unter welchen Bedingungen kollektive Prozesse so beeinflusst werden können, dass der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert werden kann und die Klimaerwärmung zumindest geringer ausfällt.

2 Gesellschaftliche Überforderung

Warum reagieren Gesellschaften so zögerlich auf die Gefahr des Klimawandels? Meine Antwort auf diese Frage lautet: Die Steuerungsmechanismen moderner kapitalistischer Gesellschaften weisen Macht- und Anreizstrukturen auf, die die Lösung des globalen Kollektivgutproblems Klimawandel verhindern. Dies lässt sich für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zeigen.

Die kapitalistische Wirtschaft

Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsform, die durch kontinuierliche Landnahme, die Einbeziehung neuer Regionen, neuer Objekte, weiterer Akteure und der Zukunft einen dynamischen Mechanismus der Gewinnerwirtschaftung realisiert (Deutschmann 2019). Kapitalistische Ökonomien sind auf Expansion angelegt. Dabei ist die Natur zwar unverzichtbare Grundlage der Produktion und des Wachstums, die negativen Externalitäten der Naturverwertung werden aufgrund der Anreizstrukturen des Systems aber nicht als Kosten eingepreist; sie bleiben unberücksichtigt. Wachstum und Gewinnerwirtschaftung basieren auf Naturausbeutung. Kapitalistische Märkte haben keinen eingebauten Mechanismus der Berücksichtigung ökologischer Schäden. Wenn die Naturbeschädigung reduziert werden soll, müssen Mechanismen der Naturbewahrung exogen in das Wirtschaftssystem eingebracht werden. Regulatorische Umweltauflagen, politisch geschaffene Quasimärkte, wie insbesondere Märkte für Verschmutzungsrechte, oder veränderte Konsumentenpräferenzen ermöglichen die Internalisierung externer Effekte durch politischen Eingriff oder kulturellen Wandel.

Dies jedoch gelingt nicht in ausreichendem Maß. Da die Internalisierung zuvor externalisierter negativer Effekte Kosten verursacht, versuchen die auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen, solche Regulationen zu verhindern, zu verzögern, zu verwässern oder ihnen auszuweichen. Mit ihrer instrumentellen und strukturellen Macht tun sie das mit zumindest so viel Erfolg, dass die Umweltzerstörung schneller voranschreitet als verkraftbar.

Die Macht von Unternehmen lässt sich am Beispiel der Öl- und Gasindustrie beschreiben. Diese Industrie hat ein globales Umsatzvolumen von etwa 5 Billionen Euro, was circa 5 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts entspricht. Im Durchschnitt der letzten fünfzig Jahre entstanden in dieser Industrie jedes Jahr Gewinne in Höhe von einer Billion Dollar (Carrington 2022). Diese Gewinne und der Wert der Unternehmen hängen von der weiteren Extraktion der Rohstoffe Öl und Gas ab, weshalb der Markt von den beteiligten Unternehmen und Staaten trotz seiner zerstörerischen Wirkung auf die natürliche Umwelt mit hohem Einsatz verteidigt wird. Allein die fünf größten westlichen Ölkonzerne gaben 2019 gemeinsam 200 Millionen Dollar für Lobbyismus aus (McCarthy 2019), damit die politischen Rahmenbedingungen für die weitere Extraktion der fossilen Brennstoffe erhalten und politische Beschränkungen verhindert werden. Die Verteidigung des Geschäftsmodells fossile Energieträger geht in den nachgelagerten Industrien weiter. Dass die deutsche Autoindustrie etwa über Jahre per Lobbyismus den Verbrennungsmotor verteidigte, liegt nicht daran, dass sie die Technik des Elektroantriebs nicht entwickeln konnte, sondern weil Unternehmen profitable Geschäftsstrategien so lange wie möglich beschützen (Pierard 2022).

Angesichts der strukturellen Macht von Unternehmen (Lindblom 1982) kann „die Politik“, selbst wenn sie dies wollte, hier nicht einfach „durchgreifen“. Die Wachstumslogik der kapitalistischen Wirtschaft, zusammen mit der strukturellen Abhängigkeit des Staates von privatwirtschaftlichen Investitionen für die Erzielung von Steuereinnahmen, führt zu einer prinzipiell defizitären staatlichen Umweltregulation.

Daran ändert auch die Expansion der Märkte für erneuerbare Energien nur bedingt etwas. Diese Märkte sind während der letzten zwanzig Jahre enorm gewachsen und der Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamt die Steigerung des CO₂-Ausstoßes. Doch muss man die Zahlen im Verhältnis zur Entwicklung der fossilen Energieträger betrachten. Im letzten Jahrzehnt wuchsen Öl, Gas und Kohleproduktion weiter und es wurde mehr Geld für die Infrastruktur dieser fossilen Energieträger ausgegeben als für erneuerbare Energien (Overland und Sovacool 2020). In einer Welt mit insgesamt steigendem Energiebedarf wird bis heute nicht weniger, sondern mehr Öl, Gas und Kohle verfeuert.

Aufgrund von öffentlichem Druck können Unternehmen es sich heute nicht mehr leisten, Klimawandel einfach zu leugnen oder zu ignorieren. Doch jede Internalisierung verursachter Schäden ist mit Kosten verbunden, was Anreize setzt, Wandel lediglich zu behaupten. Zu solchen rhetorischen Strategien gehört auch die immer häufigere Propagierung von Plänen veränderten Verhaltens in der Zukunft. Solche Versprechen werden laut kommuniziert, um öffentliche Kritik und regulatorischen Druck abzubauen, ohne dass daraus tatsächlich Veränderungen entstehen. Es handelt sich vielmehr um Heuchelei. Selbst Exxon Mobile versprach, bis 2050 klimaneutral zu sein. Im Mai dieses Jahres votierten jedoch 72 Prozent der Aktionäre des Ölmultis gegen den Versuch, Emissionen durch Zielmarken verringerten Ölverbrauchs zu reduzieren (Wallace-Wells 2022). Letztlich dominieren in einer kapitalistischen Ökonomie die Gewinninteressen von Unternehmen und ihren Anteilseignern. Sie tun dies jedenfalls in einem Maße, das die Reduzierung von Treibhausgasen in ökologisch untragbarer Weise hinauszögert.

Das Wirtschaftssystem wehrt sich gegen politischen Druck und ignoriert moralische Appelle. Niklas Luhmann (1986) hatte in den 1980er-Jahren trocken formuliert, das Wirtschaftssystem verstehe nur die Sprache der Preise, alles andere bleibe Rauschen. Um im Wirtschaftssystem Resonanz zu erzeugen, muss Naturzerstörung einen Preis bekommen. Das kann durch CO₂-Besteuerung oder die Veränderung der Präferenzen von Nachfragern geschehen. Wie effektiv ist dies?

Ökonomen haben das Instrument der CO₂-Zertifikate erfunden, mit dem Verschmutzung bepreist werden kann (Nordhaus 1994). Wo die Zertifikatemärkte eingeführt wurden – etwa in der EU und in Deutschland –, ist die Bepreisung von CO₂-Ausstoß weiterhin politischen Risiken ausgesetzt, die aus dem Lobbyismus der Unternehmen und den Widerständen der von Kostensteigerungen betroffenen Konsumenten stammen. Die Preise reflektieren daher nicht die tatsächlichen Umweltkosten. Außerdem ist die Steuerungswirkung durch Zertifikate langsam, unpräzise und unvollständig. Denn die Investition in bestimmte neue Technologien wird nicht gelenkt, sondern dem Markt

überlassen.¹ Auch sind selbst in der EU nur 45 Prozent der Treibhausgase von einer CO₂-Bepreisung erfasst, weltweit sind es lediglich 20 Prozent. Um tatsächlich eine globale Höchstmenge der Emission von Treibhausgasen durchzusetzen, müssten die Zertifikate global ausgegeben werden und sämtliche Emissionen erfassen. Das ist jedoch nicht der Fall und wird aus politischen Gründen auch nicht geschehen. Die fehlende globale Erfassung könnte durch eine CO₂-Steuer für Importe aus dem Ausland ausgeglichen werden. Auch dies müsste politisch erst durchgesetzt werden und würde auf erheblichen Widerstand der exportierenden Länder und der Konsumenten treffen.

Denn CO₂-Zertifikate und CO₂-Importsteuern wirken als Konsumsteuern und belasten besonders untere Einkommenschichten. So kommt es zu politischen Widerständen, etwa gegen steigende Benzin- und Heizkosten. Nicht alle können mit dem Fahrrad oder dem Bus zur Arbeit fahren oder sich ein Elektroauto leisten. Die höheren Kosten führen zu geringerem Konsumniveau und die Erwartung der politischen Durchsetzung eines sozialen Ausgleichs scheint frivol, nimmt man die aktuellen politischen Entscheidungen zur Entlastung der Bürger angesichts explodierender Energiepreise als Anhaltspunkt.

Die Veränderung von Konsumentenpräferenzen ist ein zweiter marktkommensurabler Steuerungsmechanismus. Wenn Konsumenten bereit sind, einen Preisaufschlag beim Kauf von weniger umweltschädlichen Lebensmitteln zu zahlen, werden Unternehmen diese anbieten und es entsteht ein Markt für Biolebensmittel. Das Gleiche gilt für Finanzmärkte, wenn Investoren „grüne Finanzinvestitionen“ nachfragen und ihre Investitionen von Unternehmen mit negativer Umweltbilanz abziehen. Märkte werden moralisiert (Stehr 2007), wenn auf der Nachfrageseite Produkte nicht allein nach Kosten bewertet werden, sondern Kriterien des Umweltschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit Berücksichtigung finden.

Solche ethischen Märkte haben während der letzten Jahrzehnte (zu) viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und auch in den Sozialwissenschaften gefunden. Zwar gibt es Menschen, die ihren Konsum zumindest in Teilen an ökologische Erfordernisse anpassen. Studien zeigen jedoch immer wieder die Diskrepanz zwischen dem Anspruch an das eigene Handeln und dem tatsächlichen Handeln (Leiserowitz, Kates und Parris 2006). Zum Teil werden Verhaltensänderungen auch aktiv behindert, etwa wenn öffentlichen Pensionsfonds in den USA im Namen freier Märkte untersagt wird, ihre Anlageentscheidungen an ökologischen Kriterien auszurichten (Read 2022). So bleibt der durch Präferenzänderungen angestoßene Wandel der Produktnachfrage viel zu gering, um einen wirklichen Unterschied zu machen. Der Markt für ethisch produzierte Kleidung etwa umfasst nicht mehr als 0,4 Prozent des globalen Bekleidungsmarkts.²

1 Gleiches gilt für De-Risking-Strategien im Finanzsektor, die Finanzkapital von klimaschädlicher Produktion abziehen, es aber allein den privaten Investoren überlassen, wie Klimaneutralität erreicht werden soll.

2 Der globale Bekleidungsmarkt wird auf circa 1,9 Billionen Dollar geschätzt, der Markt für ethische Kleidung auf circa 7,5 Milliarden Dollar (Research and Markets 2022).

Grüne Finanzinvestitionen bilden lediglich 4 Prozent des globalen Finanzmarkts (Mace 2022). Um den Menschen auf die Sprünge zu helfen, gibt es grüne Shoppingassistenten als Apps, die den eigenen ökologischen Fußabdruck in Echtzeit mitteilen. Doch das Problem bleibt selbst bei individueller Vorbildlichkeit bestehen: Denn keine irgendwie praktikable Umstellung und Einschränkung individuellen Konsums käme auch nur in die Nähe einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die zur angestrebten Klimaneutralität führen würde (Neckel 2021, 7). Der individuelle Energieverbrauch hängt von materiellen Infrastrukturen vor allem bei der Produktion, der Mobilität und dem Wohnen ab, die sich nicht durch individuelles Handeln verändern.

Hinzu kommt mangelnde Transparenz in den moralisierten Märkten. Was genau heißt Biolebensmittel? Was ist eine nach ethischen Maßgaben produzierte Jeans? Wann ist eine Finanzanlage nachhaltig? Skandale um das sogenannte Greenwashing zeigen auch: Für die Nachfrageseite bleibt intransparent, welche Produktionsbedingungen etwa an weit entfernt liegenden Enden von Lieferketten tatsächlich herrschen. Was die als vertrauensgenerierende Mechanismen eingeführten „labels“ tatsächlich beinhalten, ist ebenfalls weitgehend undurchsichtig. Die Intransparenz der Produktionsbedingungen für die Konsumenten – und teilweise wohl selbst für die als Marktintermediäre agierenden Unternehmen – führt dazu, dass die Kaufpreisprämie der moralisch orientierten Konsumenten als weiterer Gewinn abgeschöpft wird. Journalisten finden dann etwa heraus, dass in Taschen, die angeblich zu 100 Prozent aus Meeresplastik gefertigt wurden, tatsächlich nur 59 Prozent Wahrheit steckt (Land, Dietsch und Rohrbeck 2022). Eine nachhaltige Veränderung klimazerstörender Produktionsweisen ist durch ein den Individuen aufgebürdetes ethisches Konsumverhalten am Markt nicht zu erreichen (Neckel 2021, 4).

Der Staat

Wenn schon die Unternehmen die Anforderungen eines umweltkompatiblen Wirtschaftens allenfalls als „Rauschen“ verstehen, so müsste die dem Wohl des Volkes verpflichtete Politik doch die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Dass sie dies nicht oder nur unzureichend tut, lässt sich folgendermaßen erklären: Die umfassende Internalisierung zuvor externalisierter Umweltkosten durch staatliche Vorgaben ist mit erheblichen Ausgaben verbunden, die prohibitive politische Kosten verursachen. Dabei kann es sich sowohl um Ausgaben für technologische Transformationen zur Treibhausgasreduzierung handeln (*mitigation*) als auch um Ausgaben für die Anpassung an veränderte Klimabedingungen (*adaptation*).³

3 Widerstände lassen sich stärker bei den Vermeidungsinvestitionen erwarten als bei Anpassungsinvestitionen, bei denen der Nutzen stärker lokal konzentriert ist und somit das Trittbrettfahrerproblem geringer ausfällt.

Die staatliche Aufgabe im Klimaschutz bestünde in der Errichtung materieller Infrastrukturen – auch in der Form öffentlicher Güter – in den Bereichen von Energieerzeugung, Produktion, Landwirtschaft, Gebäudewirtschaft und Verkehr, mit denen sich der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch senken ließe. Doch die Errichtung dieser Infrastrukturen bleibt den tatsächlichen Erfordernissen weit hinterher. Grund hierfür sind nicht allein die erheblichen finanziellen Kosten, sondern gerade auch die politischen Kosten. Trockengelegte Moore müssten renaturiert werden, Überschwemmungsflächen ausgewiesen, Tierhaltung eingeschränkt – doch wie lassen sich die Konflikte mit den Landwirten politisch lösen? Städte müssten ihr Wachstum begrenzen, um Bodenversiegelung zu reduzieren, sie müssten begrünt werden, um Hitzeentwicklung im Sommer zu verringern, und sie müssten ein anderes Wassermanagement einführen, um angesichts zunehmenden Wassermangels die Wasserversorgung sicherzustellen – doch wie lässt sich das mit den Wachstumszielen von Städten vereinbaren? An der Ahr findet ein Wiederaufbau statt, bei dem die Menschen bei der nächsten Flut vergleichbaren Ausmaßes ähnliche Folgen erleben werden wie 2021 – Klimaanpassung und Bewahrung von Heimat stehen in einem Konflikt, der zugunsten von Heimat gelöst wird. Politisch ist dies einfacher. Die Industrie müsste ihre Energieversorgung neu ausrichten. Die Umstellung der deutschen Stahlindustrie auf Wasserstoff soll 30 Milliarden Euro kosten, dazu wird mit dauerhaft 30 bis 40 Prozent höheren Produktionskosten gegenüber der Stahlherstellung mit Koks gerechnet (Stratmann 2022). Um diese Industrie in Deutschland zu halten, sind milliardenschwere Subventionen nötig – doch wie erklärt man der Bevölkerung, weshalb man öffentliches Geld so investieren sollte? Wo wird dann weniger ausgegeben? Wenn Stahl international ein Drittel billiger angeboten wird, worin besteht das Geschäftsmodell der deutschen Stahlindustrie? Doch wie verhindert man dann, dass die klimaneutrale Umstellung der Industrie zu Deindustrialisierung in Deutschland führt und zugleich die Treibhausgasemissionen in Länder verlagert werden, die weiterhin bereit sind, fossile Energieträger einzusetzen? Wenn CO₂-Importsteuern die Antwort darauf wären, blieben für die Bevölkerung doch die erhöhten Produktpreise und somit eine Absenkung des Lebensstandards.

Der politische Souverän ist aufgrund von Widerständen gegen solche Wohlstandsimplikationen und die notwendige Anpassung von Lebensformen der Bevölkerung allenfalls ambivalent gegenüber Klimaschutzmaßnahmen. Politische Entscheidungen finden in Abwägung zwischen Natur auf der einen Seite und Zielen wirtschaftlicher Entwicklung, fiskalischer Belastung sowie den Lebenswünschen der Bevölkerung andererseits statt – und werden zumeist zulasten der Natur getroffen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist, dass bereits ausgemusterte Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen werden, weil der Energiebedarf trotz der aufgrund des Ukrainekriegs reduzierten Gaslieferungen gedeckt werden muss. Ein weiteres Beispiel ist die Aussetzung der für 2023 anstehenden Erhöhung der CO₂-Bepreisung.

Umweltschutz wird in Meinungsumfragen zwar als herausragendes politisches Problem anerkannt (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2022; Europäische Kommission 2020). Doch ist die Bevölkerung nur beschränkt bereit oder in der Lage, die Kosten in Form

höherer Preise oder höherer Steuern zu übernehmen.⁴ Die ökologisch motivierte Erhöhung von Benzinpreisen etwa löste in Frankreich 2019 die sozialen Proteste der Gelbwesten aus. Die energetische Sanierung eines vierzig Jahre alten Einfamilienhauses kostet schnell 200.000 Euro und überfordert damit die Eigentümer. Die Internalisierung zuvor externalisierter Umweltkosten führt zu Ausgaben, aber zu keinem Wohlstandsgewinn im Sinn von weiterem Urlaub oder besseren Schulen. Klimaschutz macht Gesellschaften ärmer. Sein unbestreitbarer langfristiger Nutzen bleibt zugleich unerfahrbar, weil er „allein“ die Kontinuität von Daseinsbedingungen sicherstellt. Grünes Wachstum bleibt so unterfinanziert.

Genauso unwahrscheinlich sind regulative Durchgriffe zur Realisierung veränderter Lebensstile. Die Reduzierung des Flugverkehrs oder die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen werden als Eingriff in für selbstverständlich gehaltene Freiheitsrechte abgelehnt. Fleischkonsum zu verteuern und Flächenverbrauch zu reduzieren, stößt auf Widerstände, denen die Politik so weit wie möglich aus dem Weg geht. Seit der Aufklärung, und mit einem großen Schub während der letzten fünfzig Jahre, wurden traditionale Lebensweisen mit ihren Normen der Beschränkung immer weiter verdrängt und durch entgrenzte individuelle Lebensformen ersetzt. In einer Kultur der Zerstörung von Tabus im Namen individueller Freiheit lassen sich Gebote der Mäßigung nicht durchsetzen (vgl. Lepenies 2022). Dies gilt, zumal das Unmäßige zugleich notwendige Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums ist. „Verzicht macht die Welt nicht besser“, ließ sich jüngst die Chefin eines deutschen Kreuzfahrtunternehmens zitieren und dachte dabei wohl an ihren Umsatz (Die Zeit 2022). Es bleiben „Anstupsen“ und Subventionen als staatliche Steuerungsinstrumente.

Sprichwörtlich für die Resistenz gegenüber den Implikationen klimaneutralen Wirtschaftens für etablierte Lebensweisen ist die Äußerung des früheren US-Präsidenten George Bush beim Klimagipfel in Rio de Janeiro 1992, dass der *American way of life* kein Verhandlungsthema sein könne. Donald Trump überzeugte seine Wähler 2016 auch damit, aus dem als überflüssig und als Einmischung in herkömmliche Lebensformen angesehenen Pariser Klimaabkommen aussteigen zu wollen. Trump erzeugte die politische Illusion, man könne den Klimawandel einfach ignorieren, zumindest sei Klimapolitik unnützlich, weil die Handlungen der Menschen dafür nicht verantwortlich seien. Das verweist auf die Rolle politischer Desinformation – die sowohl aus der Politik als auch von Unternehmen kommen kann – als weiteren Grund für die zögerliche politische Reaktion in der Klimakrise. Es verweist aber auch auf die ungeheuren Schwierigkeiten, einen gesellschaftlichen Konsens in der Klimafrage zu erreichen. Populistische Bewegungen, die gesunkene Bindekraft politischer Parteien und die Destabilisierung durch in den sozialen Medien massenhaft verbreitete Falschnachrichten lassen die Steuerungsfähigkeit von Gesellschaften immer prekärer werden.

4 Untersuchungen zeigen allerdings, dass die Bereitschaft zur Unterstützung von Klimaabkommen von dem konkreten Design der Vereinbarungen abhängt (Bechtel und Scheve 2013).

In einem politischen System, das auf die Massenloyalität der Bevölkerung in Wahlen angewiesen ist, bleibt die politische Durchsetzung der Internalisierung von Umweltkosten zumindest so schwierig, dass sie nicht in der für die Erreichung von Klimazielen gesetzten Zeit stattfindet. Selbst wenn weitere Maßnahmen beschlossen werden, geschieht dies für das Erreichen der in Paris vereinbarten Klimaziele zu spät oder in zu verwässerter Form. Von den 187 Unterzeichnerstaaten des Pariser Klimaabkommens ist derzeit keiner auf dem Weg zur Einhaltung des vereinbarten 1,5-Grad-Ziels.⁵ Hiergegen wirkt auch nicht der Hinweis, dass doch nichts so teuer sein wird wie das Zulassen der Klimakrise selbst. Wirtschaft, Politik und die Bevölkerung diskontieren in ihrer mentalen Buchführung den zukünftigen Schaden, sodass dieser in der Gegenwart nicht hinreichend ins Gewicht fällt, um wirksame Handlungen zu provozieren. Sie sind kurzsichtig.

Angesichts ihrer beschränkten Handlungsfähigkeit wählen Staaten ebenfalls die Strategie der Versprechungen, um Klimaschutz vorzutäuschen. Die EU etwa versprach in ihrer vor zwei Jahren verkündeten „Waldstrategie 2030“ innerhalb von zehn Jahren drei Milliarden Bäume zu pflanzen. Der dazu eingerichtete Baumpflanzähler zeigte Mitte Oktober 2022 an, dass bisher 6.786.883 Bäume gepflanzt wurden (Forest Information System for Europe 2022) – etwa 0,2 Prozent der Zielmarke. Beim bisherigen Tempo wird die Baumpflanzaktion nicht in acht, sondern in ungefähr eintausend Jahren abgeschlossen sein.

Hinzu kommt die globale Dimension. Wie gut auch immer die Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen im globalen Norden gelingt, die weltweiten Emissionen steigen weiter. Es gibt dabei eine völlig eindeutige Korrelation zwischen Wohlstandsniveau und Treibhausgasemissionen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung verursacht nach Angaben des Weltklimarat-Reports von 2022 zwischen 36 und 45 Prozent der weltweiten Emissionen. Die zwanzig reichsten Personen der globalen Forbes-Liste emittieren im Durchschnitt 8.200 Tonnen CO₂ pro Jahr, der durchschnittliche Weltbürger 4,8 Tonnen (Barros und Wilk 2021). In Deutschland sind es knapp 10 Tonnen, in Nigeria ist es weniger als eine halbe Tonne (Worldometer 2022). Globaler Klimaschutz setzt unausgesprochen voraus, dass großen Teilen der Weltbevölkerung eigener Wohlstand verweigert wird.

Aufgrund des Reichtumsgefälles zwischen globalem Norden und globalem Süden und der historischen Verantwortung des Nordens für die Klimakrise ist die politische Bereitschaft der Länder des Südens, eigene Entwicklungsziele zugunsten ökologischer Belange zurückzustellen, jedoch begrenzt. Der Kongo etwa verkauft gegenwärtig Flächen seines tropischen Regenwaldes, um Investitionen der Ölindustrie anzuziehen. Die Priorität des Landes, so ein Regierungsvertreter, sei die Reduzierung von Armut durch

5 Das ausnahmslose Verfehlen von Klimaschutzziele und anderer politischer Versprechen zeigt, dass vieles an den Gipfeldramen zum Klimaschutz reine Symbolpolitik ist. Doch ähnlich der Deklaration der Menschenrechte im späten 18. Jahrhundert schaffen Klimaziele auch eine normative Grundlage, von der aus bestehende Praktiken und Regulationen kritisiert werden können und sich Druck zum Handeln aufbaut.

wirtschaftliche Entwicklung und nicht, den Planeten zu retten (Maclean und Searcey 2022). Doch um das Klima zu schützen, sollten die Kongolesen besser nicht auch Autofahren und Urlaub machen wollen.

Damit wird zugleich das zentrale modernisierungstheoretische Entwicklungsversprechen der Nachkriegszeit gebrochen. Nach und nach sollten alle Länder zum westlichen Wohlstandsniveau aufholen (Rostow 1960). Da sich die Länder ihren Verbleib in Armut jedoch nicht vorschreiben lassen und die Industrieländer selbst nicht auf eine No-Growth-Strategie umsteigen werden, weil die soziale Integration ihrer Gesellschaften auf dem erreichten Wohlstand und weiterem Wachstum beruht, werden die CO₂-Emissionen weiter steigen. Paradoxe Weise könnte hierzu die Energiewende in den hoch industrialisierten Ländern noch zusätzlich beitragen. Dies gilt dann, wenn die verringerte Nachfrage nach fossilen Energieträgern im globalen Norden diese auf dem Weltmarkt preiswerter und damit für die Länder des globalen Südens erschwinglicher macht.

Um die natürlichen Lebensräume im globalen Süden zu schützen, sind die Länder des Nordens aufgefordert, Kompensationen zu zahlen. Die geleisteten Zahlungen (egal, wie gut gerechtfertigt sie sind!) belasten Staatshaushalte im globalen Norden zusätzlich, daher überrascht es wenig, dass gemachte Versprechen nicht eingehalten werden (OECD 2021). Angesichts der Destabilisierung der globalen Sicherheitslage durch den Ukrainekrieg, der damit verbundenen Erhöhung von Energiepreisen und der sich verschlechternden fiskalischen Situation in den reichen Industrieländern kann mit solchen Zahlungen in Zukunft vermutlich noch weniger gerechnet werden. Damit aber sinken die Anreize zum Klimaschutz in den Ländern des globalen Südens.

Weitere Hürden entstehen für das politische Handeln, wenn politische Entscheidungsträger ihre privaten wirtschaftlichen Interessen mit denen klimaschädlicher Industrien verbandeln. Ein solcher „crony capitalism“ ist durchaus kein auf autoritäre Regime begrenztes Phänomen, sondern lässt sich etwa im Abstimmungsverhalten US-amerikanischer Senatoren beobachten – jüngst in dem faktischen Veto des demokratischen Senators Joe Manchin aus West-Virginia gegen das von Präsident Biden verfolgte Klimaschutzgesetz. Die Lobbytätigkeit des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder ist ein Beispiel der Nutzung aus politischer Tätigkeit entstandener Netzwerke für die Beförderung der Interessen der Öl- und Gasindustrie.

Klimaaktivisten reagieren auf die Diagnose struktureller Unzulänglichkeit staatlicher Antworten auf die Klimakrise – also: Politikversagen – auch mit der Forderung, demokratische Entscheidungsfindungsprozesse zu suspendieren und eine Klimadiktatur oder zumindest eine ökologische Elitenherrschaft zu etablieren (Adloff und Neckel 2019, 1022; Neckel 2020, 87). Dieser Vorschlag krankt aber nicht nur an einem gestörten Verhältnis zur Demokratie, sondern auch an der fehlenden Einsicht, dass Diktaturen keine bessere Klimabilanz aufzuweisen haben als Demokratien. Warum sollte ein Diktator, einmal an der Macht, sich ausgerechnet um den Umweltschutz kümmern? Die verheerende Klimabilanz autoritärer Regierungen spricht hier Bände. Doch kann man durchaus die Frage

stellen, warum es eigentlich keinen Klimaterrorismus gibt oder ob wir einen solchen in Zukunft zu erwarten haben. Gegenwärtig lässt sich die Radikalisierung einiger Gruppierungen der Klimabewegung beobachten. Wenn es stimmt, dass es in der Klimapolitik um die biologischen Existenzbedingungen der Menschheit geht, sind dann nicht alle Mittel moralisch zulässig? Doch selbst wenn sich ein solcher Terrorismus formieren würde, ist anzunehmen, dass dadurch die erforderlichen Ziele ebenfalls nicht erreicht würden. Er würde allenfalls zur sozialen Destabilisierung beitragen.

Das Staatsvolk

Die Kosten der Internalisierung von Umweltschäden treffen auf eine zumindest in Teilen widerständige Bevölkerung. Wenn es um Kosten von Regulation geht – also etwa höhere Benzinpreise oder Pflichten zur energetischen Sanierung von Häusern –, so ist die Zustimmung bestenfalls geteilt. Gleiches gilt für politisch geforderte Einschränkungen im Konsumverhalten. Der Fleischkonsum geht allenfalls marginal zurück. Würden die Umweltkosten des Fleischkonsums eingepreist, müsste Rindfleisch pro Kilogramm fast zehn Euro teurer werden (Quarks 2020). Würden klimabezogene Importsteuern auf eingeführte Konsumgüter erhoben, so käme es ebenfalls zu erheblichen Preissteigerungen. Vor politischen Eingriffen in die Lebenspraktiken der Bevölkerung wird zurückgeschreckt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Entwicklung nachhaltiger Märkte höchstens langsam vorankommt.

Dies soll nicht als Vorwurf verstanden werden. Denn Lebensformen bringen kulturelle Identitäten zum Ausdruck und Konsum ist nicht rein individuell bestimmt, sondern in eine politische Ökonomie des Wachstums eingebettet (Dubuisson-Quellier 2022). Verschwenderischer Konsum ist ein wesentlicher Wachstumsmotor aller entwickelten Ökonomien und wird durch die Weckung von Konsumbedürfnissen mithilfe des Marketings ständig befeuert. „Verzicht macht die Welt nicht besser“ lautet eine essenzielle Logik unseres Gesellschaftsmodells. Freiwillige Konsumbeschränkung muss sich gegen die psychologischen Verlockungen einer Kreuzfahrten oder schwere SUVs anpreisenden Werbeindustrie behaupten. Konsumbeschränkung steht im Widerspruch zu einem ökonomischen System, das auf Konsum als Motor baut, und einem politischen System, das den Konsum der Bevölkerung als Steuergrundlage und als Mittel sozialer Integration benötigt. Die Hoffnung, Klimaanpassung auf den Schultern der Konsumenten abzuladen, ist verlogen.

Darüber hinaus drückt sich in der zögerlichen Entwicklung von Märkten für nachhaltige Produkte aus, dass auch in reichen Gesellschaften viele Menschen in bescheidenen oder prekären Verhältnissen leben und zusätzliche Belastungen nicht schultern können. Dies gilt gerade in einer Gesellschaft, in der sozialer Status so stark von Konsumpraktiken bestimmt wird. Bezeichnenderweise setzt sich der Konsum von umweltfreundlichen Produkten ja da am ehesten durch, wo dieser selbst zu einer statusdifferenzierenden Hand-

lung wird und damit soziale Ungleichheit zum Ausdruck bringt. Sei es bei Biolebensmitteln, veganer Kost oder Elektroautos: Umweltbewusster Konsum polarisiert Gesellschaften entlang dessen, was in der Soziologie die „kulturelle Achse“ genannt wird. Wer einen Tesla fährt, hat nicht nur viel Geld, sondern verdient noch dazu die Anerkennung, ein besserer Mensch zu sein. Allen anderen bleibt die Scham oder die Wut.

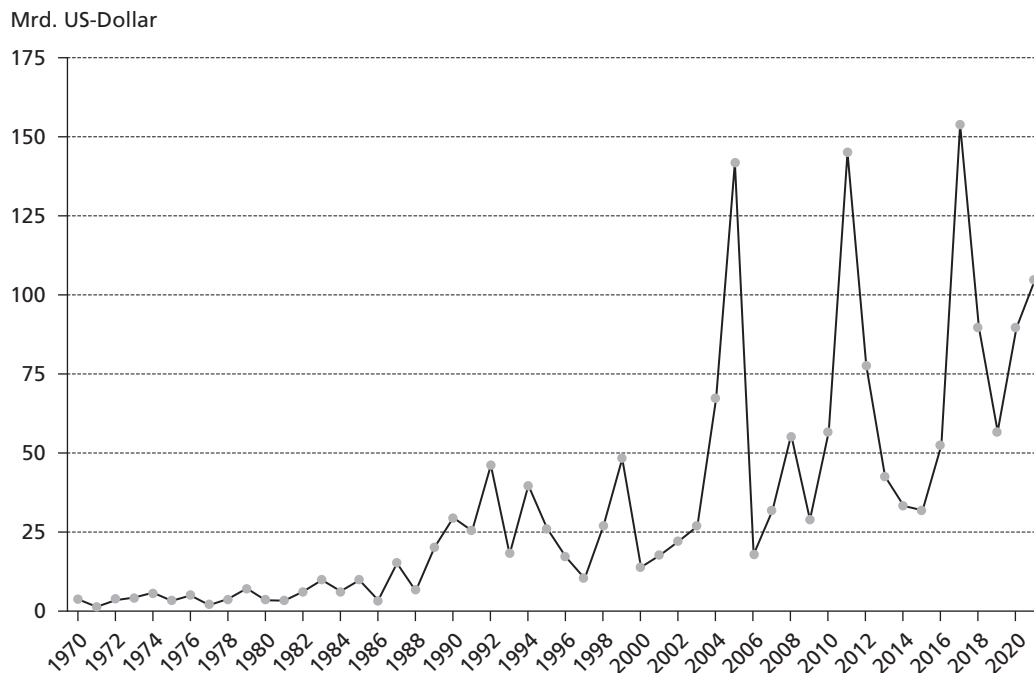
3 Engagement und Resignation

Zusammengefasst heißt dies: In einer Gesellschaft, die kapitalistisch, demokratisch und konsumistisch verfasst ist, berücksichtigen Unternehmen, Staat und Konsumenten die Belange des „Objekts Natur“ unzureichend. Die Natur selbst ist dabei politisch nicht artikulatio­nsfähig, sondern wird von sinnbasierten Sozialsystemen allenfalls als potenziell passiv aggressives Objekt wahrgenommen, das droht zu verweigern, so zu funktionieren, wie es die sinnhaft handelnden Akteure und die institutionalisierten Strukturen bisher immer voraussetzen konnten.

Die Klimakrise lässt sich als ein „wicked problem“ bezeichnen, ein Problem, für das es aufgrund komplexer Interdependenzen und Dilemmata keine Lösung gibt. Bisher hat der Komplexitätsaufbau moderner Gesellschaften die Kontinuität der natürlichen Lebensgrundlagen immer als Konstante vorausgesetzt, erschüttert durch vorübergehende Naturkatastrophen. Die Steuerungsmechanismen dieser Gesellschaften scheinen nicht in der Lage zu sein, die drastisch erhöhte Komplexität zu verarbeiten, die daraus entsteht, dass die Natur selbst zu einer Variablen wird.

Dies nährt einen grundlegenden Pessimismus hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Kampfes gegen den Klimawandel. Die Zeit läuft dabei nicht nur in einem chronologischen Sinn davon, sondern auch politisch. Je stärker die Folgen des Klimawandels spürbar werden, desto fragiler werden soziale Ordnungen und desto mehr Ressourcen müssen für kurzfristige Anpassung, Schadensbehebung und zunehmende Sicherheitsaufwendungen zur Bewahrung der sozialen Ordnung aufgebracht werden. Das lokale Unwetter an der Ahr im Juli 2021 etwa hat Schäden in Höhe von 30 Milliarden Euro verursacht. Versicherungsgesellschaften beobachten seit Jahren eine Zunahme der Schadensaufwendungen für Naturkatastrophen (Abbildung 2). Selbst wenn sich die politischen Voraussetzungen für Veränderungen im Angesicht konkreter werdender Schadenserfahrungen verändern sollten, wird sich das Verhältnis zwischen höheren Anforderungen und gegebenen finanziellen Möglichkeiten immer weiter verschieben und so soziale Ordnung prekärer werden lassen. Wie hoch müssen Versicherungsprämien werden? Wer kann sich noch versichern? Wie hoch kann der Staat sich verschulden, um die Schäden der Bevölkerung zu kompensieren?

Abbildung 2 Weltweite Versicherungsschäden durch Naturkatastrophen 1970–2021



Quelle: Statista (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241142/umfrage/versicherungsschaeden-von-naturkatastrophen-weltweit/>).

Gesellschaften laufen sehenden Auges in die Klimakrise, reagieren mit partiellen Maßnahmen und werden sich letztlich notdürftig an die Folgen anpassen. Die reichen Länder werden dies besser schaffen als die armen. In Holland werden die Deiche erhöht, die Bewohner der Malediven oder der Salomonen werden ihr Land an das Meer verlieren.⁶ Innergesellschaftlich wird eine privilegierte Oberschicht sich „vorbereiten“, alle anderen werden den Gefahren – unterschiedlich stark – ausgesetzt sein. Die Folgen des Klimawandels werden so zu Entsolidarisierung und Abgrenzung sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen ihnen führen – allein, weil die Kosten des Erhalts stabiler Lebensbedingungen für alle unter den neuen klimatischen Bedingungen nicht finanzierbar sein werden. Schon jetzt gibt es Appelle, die politischen und finanziellen Anstrengungen ausschließlich auf die Klimaanpassung zu konzentrieren, weil die Vermeidung des Klimawandels ohnehin nicht gelingen wird (Storch und Stehr 2022). Wem auch das zu teuer ist und zugleich die notwendigen Ressourcen hat, kauft Ländereien in Neuseeland und verabschiedet sich aus der gesellschaftlichen Solidarität in der Hoffnung, dort einen Rückzugsort zu finden.

6 Die Tourismusindustrie macht auch daraus noch ein Geschäft und bewirbt Reisen nach Ozeanien mit dem Slogan „Twelve Islands to Visit before They Disappear“ (Far & Wide 2020).

Was folgt hieraus? Zunächst einmal, sich dieser Perspektive zu stellen und schnellen Reflexen der Propagierung von „Lösungen“ zu widerstehen. Auszuhalten, dass das Rettende nicht aus der steigenden Gefahr erwächst, und Trauer über den Verlust (Elliott 2018) sind durchaus angemessene Reaktionen. Eine solche Ernsthaftigkeit wäre möglicherweise eine Grundlage zumindest für die Entwicklung eines Verständnisses für die gesellschaftspolitische Komplexität und Tragweite der Situation.

Doch was bedeutet dies für das Handeln? Ein erster Impuls ist zweifelsohne Resignation. Wie auch sollte ein hoffnungsvoller Optimismus angesichts der beschriebenen Dilemmata begründet sein? Doch Resignation folgt nicht zwingend aus dem zum Ausdruck gebrachten realistischen Pessimismus. Die klimapolitischen Maßnahmen der letzten fünfzig Jahre sind zwar unzureichend, doch haben sie zumindest dazu geführt, dass die erwartete Klimaerwärmung sich in dem Korridor zwischen 2,2 und 2,9 Grad Celsius bewegt und nicht in einer Spannweite zwischen 3,6 und 4,2 Grad Celsius (Plumer und Popovich 2021). Ein geringerer Treibhausgasausstoß ist ein relevantes Ergebnis, solange Kippunkte noch nicht erreicht sind (Armstrong McKay et al. 2022). Bis dahin ist Klimapolitik kein Entweder-oder, sondern ein Mehr-oder-weniger. Die Folgen des Klimawandels können hinausgezögert werden und fallen möglicherweise geringer aus. Man kann zumindest hoffen, dass die Plastizität menschlicher Gesellschaften und die Kontingenz sozialer Prozesse zu weiteren, heute nicht zu erwartenden gesellschaftlichen Reaktionen führen. Außerdem gilt, dass die naturwissenschaftlichen Klimamodelle keine Kristallkugeln sind, die die Zukunft vorhersehen. Die Komplexität der Prozesse ist nicht komplett modellierbar und wir wissen wenig über zukünftige Innovationen. Prognosen, die gegenwärtige technologische Möglichkeiten zugrunde legen, sind zumindest unsicher. Allerdings wäre es nicht mehr als magisches Denken, zukünftige Technologien als *Deus ex Machina* der Klimakrise zu betrachten. Die Möglichkeit der Verzögerung und der Abmilderung der Klimakatastrophe begründet aber die Rationalität und auch die moralische Verpflichtung zum Engagement. Es ist relevant, darüber nachzudenken, wie Treibhausgasemissionen weiter reduziert werden können, auch wenn *hinreichende* Reaktionen auf die Klimakrise illusorisch sind.

Der sozialwissenschaftlichen Forschung kommt hierbei die Rolle zu, sowohl die unzureichende Reaktion auf die Klimakrise aus den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu erklären als auch politisch relevante Ansatzpunkte für Maßnahmen des Klimaschutzes zu identifizieren.⁷ Hierbei stehen die Wachstums- und Gewinnlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Machtverteilung, die politischen Legitimationsprobleme demokratischer Gesellschaften sowie Fragen sozialer Ungleichheit, der Identität und der Statuskonkurrenz von Konsumenten im Mittelpunkt. Die Klimakrise ist eine Frage von Macht und Kultur. Weil dem so ist, muss in der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung die Untersuchung der Funktionsweise von kapitalis-

7 Die Klimakrise ist ein Thema, zu dem die Sozialwissenschaften viel stärker als bisher beitragen müssten (Radtke und Renn 2022).

tischer Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und hoch individualisierten Gesellschaften im Vordergrund stehen.⁸ Wie prägt die Funktionslogik dieser Systeme den Umgang mit der natürlichen Umwelt? Und wie lässt sich dieser Umgang innerhalb der bestehenden politischen Parameter verändern?

Es geht dabei nicht darum, immer neue technische Vorschläge zur Lösung der Klimakrise zu machen,⁹ und sich gleichzeitig über die Uneinsichtigkeit „der Gesellschaft“ zu wundern. Stattdessen müsste sozialwissenschaftliche Forschung zum Klimawandel zur Frage beitragen, wie Gesellschaften der kapitalistischen Moderne in der Lage sind, die kollektiven sozialen Prozesse zu beeinflussen, die den Umgang mit Natur bestimmen. Es geht auf einer übergeordneten Ebene um das Verstehen der politischen und sozialen Bedingungen der Realisierung notwendiger Maßnahmen und die Herausarbeitung der damit verbundenen Dilemmata. Welche institutionellen und kulturellen Ressourcen gibt es für die Berücksichtigung der Folgen gegenwärtigen Handelns für die natürlichen Lebensgrundlagen und wie lassen sich diese Ressourcen stärken?¹⁰ Solche Überlegungen lassen sich für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft anstellen (siehe Anhang).

Doch was auch immer man anführen mag, der grundlegende Pessimismus lässt sich nicht ausräumen. Es geht nicht mehr um die Verhinderung der Klimakrise, sondern um die Vermeidung der schlimmsten Szenarien. Die während der letzten dreihundert Jahre entstandenen Strukturen der kapitalistischen Moderne zerstören die biologische

8 Dies heißt nicht, dass etwa von planwirtschaftlichen Systemen ein besserer Umgang mit der Natur zu erwarten wäre. Die Geschichte des real existierenden Sozialismus hat das zur Genüge bewiesen. Diesen gibt es heute aber nicht mehr, der Kapitalismus ist daher das einzige zurzeit relevante Wirtschaftssystem, dessen Funktionsweise den Umgang mit der natürlichen Umwelt bestimmt.

9 Also etwa „Abschalten aller Kohlekraftwerke“, „drastische Reduzierung des Flugverkehrs“ oder „Umstellung auf vegetarische Ernährung“.

10 Die Soziologie ist dabei mit ihrem Fokus auf Sinn denkbar schlecht darauf vorbereitet, ökologische Belange in ihre Theorien zu integrieren. Bei Weber geht es um soziales Handeln, bei Luhmann um Kommunikation, bei Durkheim darum, Soziales aus Sozialem zu erklären, bei Bourdieu um Macht. Die Natur jedoch ist kein Sinnsystem, sondern – in der Sprache von Luhmann – Umwelt der sozialen Systeme. (Dies ist in Gesellschaften mit animistischen Naturvorstellungen, in denen die Natur also selbst als beseelt und handlungsfähig gilt, anders.) Marx hat den Naturbedingungen menschlicher Gesellschaften zwar erhebliche Bedeutung zugebilligt, für ihn ist Natur jedoch vornehmlich ein Objekt, das sich der Mensch durch stoffliche Transformationen im Arbeitsprozess aneignet. Lediglich die Aktor-Network-Theorie von Bruno Latour hat eine Sozialtheorie entworfen, in der unbelebte Objekte – die Materialität – als Aktanten systematisch integriert sind. Doch auch das erscheint nicht als wirkliche Lösung für die Sozialtheorie, weil die Gleichsetzung von Menschen und Artefakten ja höchstens metaphorisch gelten kann. Maschinen oder Ökosysteme können nicht im gleichen Sinn Akteure sein wie verstehensfähige und mit Intentionalität ausgestattete Subjekte. Auch kann es keine Lösung sein, die Kategorie des Sinns insgesamt aus der Sozialtheorie zu verbannen, etwa durch die Postulierung eines sich abzeichnenden technologisch gesteuerten Posthumanismus. Dies wäre dann selbst eine Form der Fetischisierung von Dingen (vgl. auch Hornborg [2021] und Neckel [2022]). Die Frage, wie natürliche Lebensbedingungen soziale Prozesse beeinflussen und von diesen beeinflusst werden, müsste aber viel stärker im soziologischen Denken verankert werden.

Nische, in der menschliche Kultur sich entwickelt hat, und verhindern zugleich eine hinreichende Reaktion auf die Krise. Dass Gesellschaften noch rechtzeitig aus dieser Lage herausfinden, ist Wunschdenken.

Anhang: Ansatzpunkte der Klimapolitik

Nur als Illustration, nicht als umfassende Systematik führe ich entlang der Unterscheidung Staatsvolk, Staat und kapitalistische Wirtschaft drei Punkte an, die mir relevant für eine effektivere Klimapolitik scheinen. Dies ist durchaus eklektisch, was jedoch nur bedeutet: es ist mehrstufig anzusetzen (Ostrom 2011, 276), in der Hoffnung, dass einer der Aspekte oder die Kombination mehrerer einen tatsächlichen Unterschied macht.

Auf der Ebene von Gesellschaft wäre von der anthropologischen Grundlage auszugehen, dass Menschen in ihren Handlungen moralfähig sind. Gesellschaften verfügen über moralische Ressourcen, die sich in wertrationalem Handeln ausdrücken. Wolfgang Streeck (2021) schlug jüngst vor, Klimaschutz auf diesen insbesondere im sozialen Nahbereich und der demokratischen Zivilgesellschaft vorfindbaren wertrationalen Handlungsressourcen aufzubauen. Menschen setzen sich auf der Grundlage von Wertüberzeugungen für Regeln und Handlungsweisen ein und setzen diese um, auch wenn sie wissen, dass es mit Kosten verbunden ist und es Trittbrettfahrer gibt. Sie können das Richtige tun. Ein solches moralisches Ökosystem entsteht aus sozialen Interaktionen, Praktiken und in Sozialisationsprozessen; es bedarf der Unterstützung durch formale und informelle Institutionen; es stützt die Handlungen von Individuen und übt einen sittlichen Druck auf andere Mitglieder der Gesellschaft und auf Organisationen aus.¹¹

Aus Praktiken und dem Austausch im sozialen Nahbereich können widerstandsfähige Wertüberzeugungen entstehen, die sich auch als soziale Bewegungen politisch artikulieren. Dies ist allenthalben zu beobachten, sei es in lokalen Umweltschutzinitiativen zum Stopp des Kohleabbaus in Nordrhein-Westfalen, sei es in Klimastreiks von Schülern und Studierenden, sei es in Initiativen zum Stopp der Abholzung des Regenwalds. Für all dieses Handeln gilt: Es ist unzureichend angesichts der Größe des Problems. Doch es gilt auch, dass solche Initiativen und Experimente kognitive Rahmungen in der Gesellschaft insgesamt beeinflussen und damit Skaleneffekte haben können, die vielleicht größere Veränderungen hervorbringen. Nicht *top-down*, sondern nur *bottom-up* ist die Übernutzung natürlicher Ressourcen, wenn überhaupt, einzudämmen. Die gemeinschaftsorientierten Handlungsressourcen sind zu unterstützen in der Hoffnung auf Diffusionsprozesse, die auf „moralischer Ansteckung“ (Durkheim) beruhen.

11 Siehe hierfür insbesondere die Arbeiten von Elinor Ostrom (1990; 2011) zur Allmende.

Dafür bedarf es der Förderung beispielhafter Projekte, die als Lernorte für wertrationale Handlungsorientierungen wirken (Adloff und Neckel 2019). Eric Olin Wright (2017) hatte in seinem Projekt zu „realen Utopien“ – ganz ähnlich wie Streeck (2021) – für die Unterstützung lokaler Initiativen geworben, die praktisch erfahrbare Beispiele für veränderte soziale Lebensformen entwickeln, die als Modelle einer neuen Gesellschaftsordnung weitere Menschen überzeugen können. Wright hat für diese „realisierten Utopien“ auf die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Staat gedrungen, um Erfolgsaussichten und demokratische Legitimation der Projekte zu erhöhen. Materielle Infrastrukturen ermöglichen praktische Erfahrungen, von denen aus sich neue Routinen umweltkompatiblen Handelns ausbilden können. Eine ausgebaute und praktisch funktionierende Infrastruktur von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge etwa würde Erfahrungen gelingender Elektromobilität ermöglichen.

Entgegen behavioristischen Vorstellungen, dass veränderte Einstellungen zu verändertem Verhalten und damit zu Wandel führen, scheint gerade die konkrete Erfahrbarkeit veränderter Lebensformen von zentraler Bedeutung. Es bedarf erfahrbarer Beispiele und Handlungswelten, in denen Neues ausprobiert und eingeübt werden kann. Nur so bilden sich neue Routinen und Gewohnheiten aus, die auch bestehende Praktiken des Konsums verändern (Neckel 2021, 5). Zu solchen Infrastrukturen gehören auch positiv besetzte Zukunftsbilder einer an die Erhaltungsbedingungen der natürlichen Umwelt angepassten Gesellschaft (Constantino und Weber 2021). Wie sieht eine solche Gesellschaft aus? Welche Gewinne an Lebensqualität entstehen? Albert Hirschman (1982) hat an verschiedenen Stellen eindrücklich auf die Bedeutung von Vorstellungen eines angestrebten zukünftigen gesellschaftlichen Zustands als Quelle der Motivation für gegenwärtiges aufopferungsvolles Handeln hingewiesen. Dies ist ein wichtiger, auch aus der Theologie bekannter Gedanke, der zu verstehen hilft, weshalb sich Menschen zu Handlungen motivieren können, selbst wenn ihnen die Unwahrscheinlichkeit des Erfolgs bewusst ist.

Zweitens könnten auf der Ebene staatlichen Handelns Weiterentwicklungen des Rechtssystems einen Hebel erzeugen. Die Natur ist für die Sozialtheorie auch deshalb so schwer integrierbar, weil sie kein sinnorientiert handelndes Subjekt ist und deshalb quasi nur im Datenkranz der Akteure erscheint. Ähnliches gilt im Rechtssystem, wo Natur kein mit subjektiven Rechten ausgestattetes Rechtssubjekt ist. Zwar ist die Natur nach Artikel 20a GG ein schützenswertes Objekt, doch verfügt sie nicht über subjektive, einklagbare Rechte. Doch könnte im Rechtssystem, ähnlich wie bei Unternehmen, die Rechtsfiktion der Natur als juristischer Person geschaffen werden. Dies wird zunehmend unter Juristen diskutiert und findet erste Resonanz in der Rechtsprechung (Mührel 2022; Adloff und Busse 2021).

Die natürliche Umwelt könnte damit im Rechtssystem eine stärkere Repräsentation erfahren, wenngleich ihre Interessen selbstredend von Menschen definiert und artikuliert werden müssten. Dies ist jedoch keine Besonderheit im Rechtssystem, wo auch die Interessen anderer „rechtlich Stummer“ – etwa Ungeborene, Kinder, geistig Behinderte oder Komatöse – von Dritten vertreten werden. Ansätze zur Verankerung von Rechten

der Natur gibt es insbesondere im globalen Süden, zumeist verbunden mit der Absicht, indigene Bevölkerungsgruppen zu schützen. In New York hat jüngst der Fall des Elefanten „Happy“ für Schlagzeilen gesorgt, wo sich das oberste Berufungsgericht mit dem im New Yorker Zoo gefangen gehaltenen Tier befasste. Zwar wurde dessen eigenständiger Rechtsstatus von der Mehrheit der Richter verneint, doch bereits die Tatsache der Annahme des Falls zur Verhandlung zeigt einen Wandel an (Gelinksy 2022).

Einen anderen Weg, nämlich den der rechtlichen Einbeziehung der Interessen zukünftiger Generationen, geht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz aus dem Jahr 2021. Das BVerfG hatte die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens für letztlich verfassungsrechtlich verbindlich erklärt und die Politik verpflichtet, ambitioniertere Maßnahmen zum Klimaschutz festzuschreiben. Damit wurde der Gesetzgeber verpflichtet, die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu sichern.¹² Laut Verfassungsgericht „darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde“.

Diese juristischen Entwicklungen stehen sicherlich am Anfang, doch würde die juristische Repräsentation der Natur und zukünftiger Generationen die Auseinandersetzungen zwischen Mensch und Natur im Rechtssystem abbildbar machen und damit die rechtliche Abwägung von ökologischen Interessen stärken. Über die Bindewirkung des Rechts für das staatliche Handeln könnten so langfristige Handlungsorientierungen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eine stärkere politische Relevanz erfahren.

Drittens geht es um die Erhöhung der Responsivität des Wirtschaftssystems durch die regulative und finanzielle Förderung von Märkten für umweltgerechte Produkte. In einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung hängt die Produktherstellung vornehmlich an privaten Investitionen. Unternehmen müssen die Investition in umweltkompatible Produkte und Herstellungsprozesse als profitables Geschäftsmodell erkennen können, wobei der Staat den Transformationsprozess regulativ begleitet, finanziell unterstützt und verlässlich durchsetzt. Klimawandel muss von privaten Investoren über Preissignale als Investitionschance wahrgenommen werden können. Doch Unternehmen durch Anreize von einer klimakompatiblen Investitionspolitik zu überzeugen und dies auch regulativ durchzusetzen, ist nur eine Seite der Medaille und immer durch die Möglichkeit der Unterwanderung zur Realisierung kurzfristiger Gewinnmöglichkeiten und durch Umgehungsstrategien bedroht. Die andere Seite der Medaille ist eine umfassende unterstützende Sozialpolitik. Die unabweisbaren Lasten, die mit der Transformation zu klimakompatibler Produktion und Konsum einhergehen, müssen so verteilt werden,

12 Eine solche Entwicklung lässt sich auch in dem Urteil eines Gerichts in Den Haag von 2021 erkennen, das den Ölkonzern Shell zur Reduzierung seines CO₂-Ausstoßes bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2019 verurteilte. Das Gericht argumentierte, dass Shell mit seiner Erdölförderung gegen vereinbarte Klimaziele verstoße (Clearly Gottlieb 2021).

dass diese nicht den sozialen Status der schwächeren Gesellschaftsmitglieder weiter gefährden. Um gesellschaftliche Legitimation zu erreichen, muss Klimapolitik mit Umverteilung verbunden sein, was die Latte politisch zugleich noch einmal höher legt.

Literatur

- Adloff, Frank, und Tanja Busse. 2021. *Welche Rechte braucht die Natur? Wege aus dem Artensterben*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Adloff, Frank, und Sighard Neckel. 2019. „Futures of Sustainability as Modernization, Transformation, and Control: A Conceptual Framework“. *Sustainability Science* 14: 1015–25.
- Armstrong McKay, David I., Arie Staal, Jesse F. Abrams, Ricarda Winkelmann, Boris Sakschewski, Sina Loriani, Ingo Fetzer, Sarah E. Cornell, Johan Rockström und Timothy M. Lenton. 2022. „Exceeding 1.5°C Global Warming Could Trigger Multiple Climate Tipping Points“. *Science* 377 (1171). <https://doi.org/10.1126/science.abn7950>.
- Barros, Beatriz, und Richard Wilk. 2021. „The Outsized Carbon Footprints of the Super-rich“. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17 (1): 316–22.
- Bechtel, Michael M., und Kenneth F. Scheve. 2013. „Mass Support for Global Climate Agreements Depends on Institutional Design“. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 110 (34): 13763–68.
- Carrington, Damian. 2022. „Revealed: Oil Sector’s ‘Staggering’ \$3bn-a-day Profits for Last 50 Years“. *Guardian*, 21. Juli. <https://www.theguardian.com/environment/2022/jul/21/revealed-oil-sectors-staggering-profits-last-50-years>.
- Clearly Gottlieb. 2021. „Dutch Court Orders Shell to Reduce Emissions in First Climate Change Ruling against Company“. *Clearly Gottlieb*, 30. Juni. <https://www.clearlygottlieb.com/news-and-insights/publication-listing/dutch-court-orders-shell-to-reduce-emissions-in-first-climate-change-ruling-against-company>.
- Constantino, Sara M., und Elke U. Weber. 2021. „Decision-Making under the Deep Uncertainty of Climate Change: The Psychological and Political Agency of Narratives“. *Current Opinion in Psychology* 42: 151–59.
- Deutschmann, Christoph. 2019. *Disembedded Markets: Economic Theology and Global Capitalism*. Abdingdon: Routledge.
- Die Zeit. 2022. „Verzicht macht die Welt nicht besser“. *Die Zeit*, 19. September. <https://www.zeit.de/2022/38/kreuzfahrten-tui-cruises-klimaschutz-interview>.
- Dubuisson-Quellier, Sophie. 2022. „How Does Affluent Consumption Come to Consumers? A Research Agenda for Exploring the Foundations and Lock-ins of Affluent Consumption“. *Consumption and Society* 1 (1): 31–50.
- Elliott, Rebecca. 2018. „The Sociology of Climate Change as a Sociology of Loss“. *European Journal of Sociology* 59 (3): 301–37.
- Europäische Kommission. 2020. „Neue Eurobarometer-Umfrage: Umwelt- und Klimaschutz sind für mehr als 90 % der europäischen Bürgerinnen und Bürger wichtig“. Pressemitteilung, 3. März. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_331.
- Far & Wide. 2020. „12 Islands to Visit before They Disappear“. Abgerufen: 15. September 2022. <https://www.farandwide.com/s/climate-change-islands-c6b4ff016e224f0e>.
- Forest Information System for Europe. 2022. „3 Billion Trees“. Zitierte Zahl vom 15. Oktober 2022. <https://forest.eea.europa.eu/3-billion-trees/introduction>.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2022. „Mehrheit ist für CO₂-Bepreisung“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Juli.
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehrheit-fuer-co2-bepreisung-18149446.html>.
- Gelinsky, Katja. 2022. „Wenn Tiere, Pflanzen und Ökosysteme vor Gericht ziehen“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. August.
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/wenn-tiere-pflanzen-und-oeko-systeme-vor-gericht-ziehen-18230457.html>.
- Hirschman, Albert O. 1982. *Shifting Involvements: Private Interest and Public Action*. Princeton: Princeton University Press.
- Hornborg, Alf. 2021. „Objects Don't Have Desires: Toward an Anthropology of Technology beyond Anthropomorphism“. *American Anthropologist* 123 (4): 753–66.
- Kemp, Luke, Chi Xu, Joanna Depledge, Kristie L. Ebi, Goodwin Gibbins, Timothy A. Kohler, Johan Rockström, Marten Scheffer, Hans Joachim Schellnhuber, Will Steffen und Timothy M. Lenton. 2022. „Climate Endgame: Exploring Catastrophic Climate Change Scenarios“. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 119 (34).
<https://doi.org/10.1073/pnas.210814611>.
- Land, Luise, Benedikt Dietsch und Felix Rohrbeck. 2022. „100 Prozent Meeresplastik, 59 Prozent Wahrheit“. *Zeit Online*, 3. Juni.
<https://www.zeit.de/green/2022-06/got-bag-greenwashing-plastikmuell-meer-recycling-nachhaltigkeit>.
- Leiserowitz, Anthony, Robert W. Kates und Thomas M. Parris. 2006. „Sustainability Values, Attitudes, and Behaviors: A Review of Multinational and Global Trends“. *Annual Review of Environment and Resources* 31 (1): 413–44.
- Lepenies, Philipp. 2022. *Verbot und Verzicht: Politik aus dem Geiste des Unterlassens*. Berlin: Suhrkamp.
- Lindblom, Charles E. 1982. „The Market as Prison“. *The Journal of Politics* 44 (2): 324–36.
- Luhmann, Niklas. 1986. *Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mace, Matt. 2022. „Global Green Finance Market Grew More Than a Hundred-fold over the Last Decade“. *edie*, 31. März. Abgerufen: 8. September.
<https://www.edie.net/global-green-finance-market-grew-more-than-a-hundred-fold-over-the-last-decade/>.
- Maclean, Ruth, und Dionne Searcey. 2022. „Congo to Auction Land to Oil Companies: ‚Our Priority Is Not to Save the Planet‘“. *The New York Times*, 24. Juli.
<https://www.nytimes.com/2022/07/24/world/africa/congo-oil-gas-auction.html>.
- McCarthy, Niall. 2019. „Oil and Gas Giants Spend Millions Lobbying To Block Climate Change Policies [Infographic]“. *Forbes*, 25. März.
<https://www.forbes.com/sites/niallmccarthy/2019/03/25/oil-and-gas-giants-spend-millions-lobbying-to-block-climate-change-policies-infographic/?sh=1bed0ebf7c4f>.
- Mührel, Jasper. 2022. „Ende der ökologischen Symbolik“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. August.
<https://www.faz.net/aktuell/wissen/erde-klima/natur-braucht-eigene-rechte-zum-freiheits-schutz-der-generationen-18245736.html>.
- Neckel, Sighard. 2020. „Der Streit um die Lebensführung: Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt“. *Mittelweg* 36 (6): 82–100.
- Neckel, Sighard. 2021. „Die Klimakrise und das Individuum: Über selbstinduziertes Scheitern und die Aufgaben der Politik“. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80379-4>.
- Neckel, Sighard. 2022. „Infrastruktursozialismus: Die Bedeutung der Fundamentalökonomie“. In *Kapitalismus und Nachhaltigkeit*, hrsg. von Sighard Neckel, Philipp Degens und Sarah Lenz, 161–76. Frankfurt a. M.: Campus.
- Nordhaus, William D. 1994. *Managing the Global Commons: The Economics of Climate Change*. Cambridge, MA: MIT Press.

- OECD. 2021. *Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data*. Paris: OECD Publishing.
<https://doi.org/10.1787/03590fb7-en>.
- Ostrom, Elinor. 1990. *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ostrom, Elinor. 2011. „Handeln statt Warten: Ein mehrstufiger Ansatz zur Bewältigung des Klimaproblems“. *Leviathan* 39 (2): 267–78.
- Overland, Indra, und Benjamin K. Sovacool. 2020. „The Misallocation of Climate Research Funding“. *Energy Research & Social Science* 62: 1–13.
<https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.101349>.
- Pierard, Elena. 2022. „Investing in the Technology of the Future: How Oil Majors Use the Framing of Their Climate Change Actions“. Konferenzpapier. Annual Meeting of the Society for the Advancement of Socio-Economics, Amsterdam, 9.–11. Juli.
- Plumer, Brad, und Nadja Popovich. 2021. „Yes, There Has Been Progress on Climate. No, It’s Not Nearly Enough“. *New York Times*, 25. Oktober 2021.
<https://www.nytimes.com/interactive/2021/10/25/climate/world-climate-pledges-cop26.html>.
- Quarks. 2020. „So teuer wäre unser Essen, wenn Umwelt- und Klimafolgen mit eingerechnet wären“. Zuletzt geändert: 11. Februar 2021.
<https://www.quarks.de/umwelt/so-teuer-waere-unser-essen-wenn-umwelt-und-klimafolgen-mit-eingerechnet-sind/>.
- Radtke, Jörg, und Ortwin Renn. 2022. „Impulse für eine Soziologie der Nachhaltigkeit“. *Soziologie* 51 (3): 295–328.
- Read, Tobias. 2022. „A Sneaky Form of Climate Obstruction Hurts Pension Funds“. *New York Times*, 17. September.
<https://www.nytimes.com/2022/09/17/opinion/climate-change-pension-texas-florida.html>.
- Research and Markets. 2022. „\$6.9 Billion Worldwide Ethical Fashion Industry to 2031 – Identify Growth Segments for Investment“. Abgerufen: 5. Mai.
<https://www.researchandmarkets.com/reports/5568470/ethical-fashion-global-market-report-2022-by#src-pos-2>.
- Rostow, Walt. 1960. *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stehr, Nico. 2007. *Moral Markets: How Knowledge and Affluence Change Consumers and Products*. Boulder, CO: Paradigm.
- Storch, Hans von, und Nico Stehr. 2022. „Deutschlands Klimapolitik ist chancenlos – weil sie das falsche Ziel verfolgt“. *Die Welt*, 1. Februar.
<https://www.welt.de/debatte/plus236597295/Senkung-der-Treibhausgase-Deutschlands-Klimapolitik-ist-chancenlos-weil-sie-das-falsche-Ziel-verfolgt.html>.
- Stratmann, Klaus. 2022. „Mehr Tempo bei Investitionen – Habeck geht auf die Stahlbranche zu“. *Handelsblatt*, 4. Februar.
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaneutralitaet-mehr-tempo-bei-investitionen-habeck-geht-auf-die-stahlbranche-zu/28039434.html>.
- Streeck, Wolfgang. 2021. *Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Stucki, Saskia. 2016. *Grundrechte für Tiere: Eine Kritik des geltenden Tierschutzrechts und rechtstheoretische Grundlegung von Tierrechten im Rahmen einer Neupositionierung des Tieres als Rechtsobjekt*. Baden-Baden: Nomos.
- Wallace-Wells, David. 2022. „What’s Worse: Climate Denial or Climate Hypocrisy?“. *New York Times*, 22. Juni.
<https://www.nytimes.com/2022/06/22/opinion/environment/climate-hypocrisy-larry-fink.html>.
- Worldometer. 2022. „CO₂ Emissions by Country“. Abgerufen: 16. September.
<https://www.worldometers.info/co2-emissions/co2-emissions-by-country/>.
- Wright, Erik Olin. 2017. *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus*. Übersetzt von Max Henninger. Berlin: Suhrkamp.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 22/6
L. Baccaro, S. Hadziabdic
Operationalizing Growth Models

DP 22/5
Z. Barta, L. Baccaro, A. Johnston
Signaling Virtue or Vulnerability? The Changing Impact of Exchange Rate Regimes on Government Bond Yields

DP 22/4
A. v. d. Heide, S. Kohl
Titel Private Insurance, Public Welfare, and Financial Markets: Alpine and Maritime Countries in Comparative-Historical Perspective

DP 22/3
K. A. Kholodilin, S. Kohl, F. Müller
The Rise and Fall of Social Housing? Housing Decommodification in Long-Run Perspective

DP 22/2
F. Bulfone, T. Ergen, M. Kalaitzake
No Strings Attached: Corporate Welfare, State Intervention, and the Issue of Conditionality

DP 22/1
R. Bronk, J. Beckert
The Instability of Preferences: Uncertain Futures and the Incommensurable and Intersubjective Nature of Value(s)

DP 21/7
L. Suckert
Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat

DP 21/6
G. Rilinger
The Organizational Roots of Market Design Failure: Structural Abstraction, the Limits of Hierarchy, and the California Energy Crisis of 2000/01

DP 21/5
T. Ergen, S. Kohl, B. Braun
Firm Foundations: The Statistical Footprint of Multinational Corporations as a Problem for Political Economy

DP 21/4
B. Bremer, D. Di Carlo, L. Wansleben
The Constrained Politics of Local Public Investments under Cooperative Federalism

DP 21/3
L. Baccaro, E. Neimanns
Determinants of Wage (Dis-) Satisfaction: Trade Exposure, Export-Led Growth, and the Irrelevance of Bargaining Structure

DP 21/2
M. Höpner
Dürfen europäische Gesetze Grundfreiheiten einschränken?

DP 21/1
M. Höpner
Proportionality and Karlsruhe's Ultra Vires Verdict: Ways Out of Constitutional Pluralism?

MPIfG Books

L. Baccaro, M. Blyth, J. Pontusson (eds.)
Diminishing Returns: The New Politics of Growth and Stagnation
Oxford University Press, 2022

M. Dewey
Making It at Any Cost: Aspirations and Politics in a Counterfeit Clothing Marketplace
University of Texas Press, 2020

R. Dukes, W. Streeck
Democracy at Work: Contract, Status and Post-Industrial Justice
Polity, 2022

A. Leendertz
Der erschöpfte Staat: Eine andere Geschichte des Neoliberalismus
Hamburger Edition, 2022

P. Manow
Social Protection, Capitalist Production: The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880–2015
Oxford University Press, 2020

S. A. Rothstein
Recoding Power: Tactics for Mobilizing Tech Workers
Oxford University Press, 2022

W. Streeck
Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus
Suhrkamp, 2021

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers
Order printed copies from the MPIfG or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books
At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The Institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

